

„Sparpläne dürfen Soldaten nicht gefährden“

Im TA-Gespräch: Rainer Arnold, SPD-Verteidigungsexperte, zu den geforderten Einsparungen im Wehretat

Die Einsparpläne des Finanzministers werden vom Verteidigungsministerium die größten Einschnitte verlangen. Sind 600 Millionen Euro im ersten Schritt zu verkraften?

Es muss in allen Bereichen gespart werden.

Kürzungen in einem Ressort, das Soldaten in lebensgefährliche Einsätze entsendet, sind doch wohl aber etwas anderes als der Rotstift im Landwirtschaftsministerium.

Die Einsparungen dürfen natürlich nicht auf dem Rücken der Soldaten ausgetragen werden. Dafür muss der Verteidigungsminister sorgen.

Spart die Verkürzung der Wehrpflicht Geld ein?

Im Gegenteil. Es sollen ja mehr Wehrpflichtige eingezogen werden. Das kostet auch mehr Geld.

Wo könnten die Kosten denn gesenkt werden?

Es muss über echte, wirkliche Strukturreformen nachgedacht werden, wozu dem Minister aber offenbar der Mut fehlt.

Verschiebungen auf Abteilungsebene reichen eben nicht aus.

Wie viel Einsparpotenzial bietet der Wehrhaushalt?

Das kann ich nicht sagen. Fest steht für uns, dass die Soldaten durch Sparpläne nicht gefährdet werden dürfen.

In einer Studie hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnet, dass die

Kosten für den Afghanistan-einsatz dreimal höher ausfallen als im Kriegsbudget veranschlagt. Werden die wahren Kosten verschleiert?

Die Autoren nehmen eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung vor. Darin sind Kosten für beispielsweise den Wehrsold, die Ausbildung der Soldaten mit teuren Übungsflügen nicht enthalten. Deswegen sind die Kosten in der Studie weit höher als die tatsächlichen.

Zu tragen hat Deutschland aber eben alle Kosten.

Freilich. Dann hätte die Studie aber auch gegenrechnen müssen, was uns ein gescheiteres Afghanistan kosten würde.

Gespräch: Christian Fröhlich

Rainer Arnold (59), verteidigungspolitischer Sprecher der SPD, warnt vor zu großen Einschnitten bei den Mitteln der Bundeswehr.